

Berichte

Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart

Bericht über die Travemünder Tagung der Gesellschaft
für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (21.—24. 9. 1964)

Bereits die beiden letzten großen Tagungen des Vereins für Socialpolitik in Kissingen (1960) und Luzern (1962) hatten Themen zum Gegenstand, die wahrlich gegenwartsnah, komplex und unerschrocken anspruchsvoll waren. Mit der diesjährigen Tagung, deren gelungene wissenschaftliche Vorbereitung in den Händen von Harald *Jürgensen* lag, ist dieser Standard gewiß nicht verlassen worden, wenn man auch aus guten Gründen diesmal von der Herausgabe vorbereitender Materialbände absah. Mit dem Thema „Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart“ und seiner Untergliederung in Währungs-, Integrations- und Entwicklungsprobleme wurden Probleme zur Diskussion gestellt, die vielschichtiger und umstrittener kaum sein konnten. Jedes der Teilprobleme hätte mühelos als alleiniges Tagungsthema Stoff genug geboten, jedoch gerade die Kombination aller drei Bereiche stellte besondere Anforderungen. Daß die damit implizierten wichtigen Interdependenzen mehr indirekt als direkt auf der Tagung selbst zum Ausdruck kamen, lag gewiß nicht nur an der mitunter zu stark introvertierten Ausrichtung der Referate. Es sollte vielmehr auch in dem Tatbestand eine Erklärung finden, daß sich die Tagung einem bedauerlichen Mangel an weltwirtschaftlichen Entwicklungstheorien gegenüber sah, die als fruchtbare Bezugfelder die Abstimmung der vielfältigen Aspekte und die Schwierigkeiten einer theoretischen Integrierung der Teilprobleme doch wohl hätten erleichtern können. In dem Referat von Andreas *Predöhl* über „Entwicklungsprobleme, Integrationsprobleme und Währungsprobleme in entwicklungstheoretischer und raumtheoretischer Sicht“, das die Tagung eindrucksvoll abschloß, stand dieser Gesichtspunkt mit Recht explicite im Mittelpunkt. Es fiel *Predöhl* nicht schwer, anhand seines bekannten entwicklungstheoretischen Konzepts zu demonstrieren, wie sich die drei Problemkreise der Tagung in ihrer Interdependenz begreifen lassen und „daß wir jedes dieser Probleme vom Ganzen der Weltwirtschaft her erfassen müssen“.

Der erste Verhandlungstag war den internationalen Währungsproblemen gewidmet, wie sie sich vor allem für die Industrieländer

seit der Rückkehr zur Konvertibilität und der „Normallage“ einer reifen Weltwirtschaft mit Inflationsdrall ergeben haben. In den einleitenden Referaten von Otmar *Emminger* (Grundprobleme der internationalen Währungsordnung) und Henry C. *Wallich* (Internationale Zusammenarbeit der Notenbanken) standen diese Probleme vor allem mit Bezug auf das herrschende IMF-System zur Diskussion. Beide Referate konzentrierten sich darauf, die gewachsene Flexibilität und Leistungsfähigkeit des gegenwärtigen Systems aufzuzeigen. Daß der pragmatische Charakter des herrschenden Weltwährungssystems zwar als Mischsystem oder Folge praktikabler Kompromisse angesehen werden kann, aber nicht als Mischmaschsystem des Fortwurstelns abgewertet werden darf, wurde plausibel vorgetragen. Ob mit der befürworteten weiteren Systematisierung und Vervollständigung des währungspolitischen Instrumentariums das IMF-System weiterhin funktionsfähig bleiben wird, hängt sicherlich auch von dem betonten, sehr wichtigen systemkonformen Wohilverhalten der Volkswirtschaften und ihrer Neigungen zur weltwirtschaftlichen Integration ab. Daneben zeichnen sich aber zusätzlich zwei prinzipielle Probleme ab, die nicht allein für das IMF-System bedeutsam sind. Diese Fragen erstens nach der grundsätzlichen Leistungsfähigkeit der Wechselkurssysteme schlechthin und zweitens den Funktionen der Kapitalbewegungen wurden in den nachfolgenden Referaten separat behandelt, so daß der Optimismus von Emminger und Wallich größer ausfallen konnte, als es von den Systemgrundlagen unter Umständen gerechtfertigt erscheint.

Die beiden Korreferate von Alfred *Stobbe* und Rolf *Funck*, die — das sei hier als generelle Anmerkung gestattet — wie fast alle anderen Korreferate im Hinblick auf die jeweils verbleibende Diskussionszeit zu ausführlich angelegt waren, arbeiteten die große Bedeutung der internationalen Kapitalbewegungen für die internationale Währungsordnung klar heraus. Insbesondere das Referat von Stobbe (Kapitalbewegungen als Störungsfaktor im herrschenden Währungssystem) brachte die Gefahren und die noch unzulängliche theoretische Bewältigung dieses labilen Faktors deutlich zum Ausdruck und ließ das grundsätzliche Dilemma des IMF-Systems anklingen. Das seinem Charakter und seiner Entwicklungsgeschichte nach auf den Fall beträchtlicher freier Kapitalfluktuationen zwischen den internationalen Geldkapitalmärkten unvorbereitete IMF-System, in dem diese Geldkapitalströme zudem nicht einmal systemnotwendig sind, wird durch das Postulat unbeschränkter Konvertibilität, die sich außerdem immer nur weitgehend unzureichend einschränken läßt, einer großen Belastungsprobe ausgesetzt. Angesichts der von Stobbe aufgezeigten theoretischen und vielfältigen empirischen Tatbestände stellt sich

nicht nur eine skeptischere Beurteilung der Leistungsfähigkeit der „Gegenkräfte“ der internationalen währungspolitischen Institutionen ein, sondern auch die Frage, ob das internationale Währungssystem dieser riskanten Belastungsprobe auch weiterhin notwendig unterworfen werden muß.

Funck kam bei seiner vergleichenden Analyse (Die Funktion der Kapitalbewegungen in alternativen Wechselkurssystemen) zu drei beachtenswerten Ergebnissen: 1. Direktinvestitionen sind von einseitigen und oszillatorischen Wechselkursbewegungen weitgehend unabhängig, 2. Von einem System flexibler Wechselkurse sind keine Niveaushverschiebungen im Umfang des langfristigen internationalen Kapitalverkehrs, wohl aber Verzögerungs- und Beschleunigungswirkungen auf die ertragsorientierten langfristigen Kapitalbewegungen zu erwarten, 3. Bei der Devisenspekulation bzw. den kurzfristigen Kapitalbewegungen hängt deren Instabilität weitgehend nicht von den Wechselkurssystemen, sondern von den Inflationstendenzen bzw. dem Ausmaß der angestrebten und verwirklichten Stabilität der Binnenwirtschaftspolitik ab.

Die in dem eben angeführten dritten Punkt von *Funck* praktisch zum Ausdruck gebrachte „Neutralität“ der Wechselkurssysteme trat genereller und deutlicher auch in dem gedankenreichen und sehr abgewogenen Hauptreferat von *Herbert Timm* (Das Wechselkursproblem) hervor. Es kann auf das sehr ausführliche und auf der Tagung nur in Auszügen vorgetragene Referat an dieser Stelle nicht gebührend eingegangen werden. Nur die folgenden Punkte sollen eine kurze Erwähnung finden, um gleichzeitig auch anzudeuten, warum *Timm* glaubte, sich für keines der beiden Systeme, sondern für einen Kompromiß in Gestalt eines neuen gemischten Systems „kontrollierter Kursflexibilität“, d. h. für von Fall zu Fall verschiebbare Bandbreiten entscheiden zu müssen.

1. Die Schwäche des Systems fester Kurse sah *Timm* nicht schon in dem Bestehen von Leistungsbilanzsalden, da die Opfer einer Subventionierung der Defizit- durch die Gläubigerländer von diesen durchaus geringer eingeschätzt werden mögen, als oft angenommen wird, so lange zumindest, wie die Defizite weitgehend mit Reserven beglichen werden, die die Defizitländer aus vergangenen Exportüberschüssen erworben haben. Nicht das Entstehen von Leistungsbilanzsalden, sondern deren chronische Natur sei der wunde Punkt des Systems und lasse dessen Zusammenbruch befürchten. *Timm* stellte aber auch die Frage, ob bei fundamentalen Ungleichgewichten struktureller Natur die Wechselkursänderung nicht überhaupt fehl am Platze sei und langfristige Kapitalübertragungen das geeignetere Mittel darstellten.

2. Die herrschende Meinung, daß das System freier Kurse einen sogenannten „Abschließungseffekt“ enthalte, während das System fester Kurse einen Export von Schwankungen der monetären Nachfrage zulasse, sei nicht voll aufrechtzuerhalten, da sich nachweisen lasse, daß dieser Abschließungseffekt unvollkommen ist, insbesondere bei Vorliegen von Kapitalbewegungen. „Bei prompter stabilisierender Spekulation wird ... keine oder nur eine minimale Kursänderung auftreten und die Situation nähert sich der, die bei festen Kursen eingetreten wäre, sowohl was den Wechselkurs als auch was die Leistungsbilanzsalden anlangt.“ Was allerdings nach wie vor im System flexibler Kurse fehle, ist die mit den internationalen Reservebewegungen verknüpfte Beeinflussung der Geldschöpfungskapazität.

3. Insofern das System freier Kurse nicht nur mit stabilisierender Spekulation, sondern auch mit der Voraussetzung einer nicht-inflationistischen Geldpolitik arbeite, die dann auch für das System fester Kurse konzipiert werden müßte, stelle sich die grundsätzliche Frage, wie groß der Unterschied zwischen beiden Systemen überhaupt noch sei.

4. Da weder eine stabilisierende Wirkung der Spekulation noch eine größere Inflationsanfälligkeit bzw. -abwehr des einen oder anderen Systems generell bewiesen werden kann, worauf u. a. Funck in seinem Referat gleichfalls aufmerksam machte, bleibt es letzten Endes Meinungssache, welches System „besser“ ist. Da Timm die destabilisierende Spekulation in beiden Systemen letztlich für den gefährlichen Kern hält, gelangte er zu dem oben schon erwähnten Ausweg eines neuen Bandbreitensystems. Ob damit wirklich eine Lösung gefunden ist, kann hier nicht erörtert werden. Es ließen sich auch andere Ansatzpunkte denken, die nicht den traditionellen Zahlungsbilanzmechanismen zu sehr verhaftet sind. Hier sollte wohl auch der Hinweis von Predöhl Beachtung finden, daß der Zahlungsbilanztheorie noch die Einordnung in die Zusammenhänge der Weltwirtschaft fehle.

Es war nur selbstverständlich, daß auch am zweiten Tag bei der Erörterung der Integrationsprobleme die währungspolitischen Fragen nochmals zur Diskussion standen. In den beiden Referaten von Leonhard Gleske (Währungs- und budgetpolitische Aspekte der Integration) und von Hans Willgerodt (Wirtschaftsraum und Währungsraum) stellte sich bei aller Herausarbeitung der Besonderheiten regionaler Integration das generelle Dilemma der internationalen Währungspolitik deutlich wieder ein. Es trat hier beinahe noch stärker als grundsätzlicher Zielkonflikt zutage, bei dem die „technischen Unterschiede“ der Währungspolitik und der Wechselkurssysteme eine sekundäre Rolle spielen. Es konnte deshalb auch nicht überraschen, wenn vor allem bei Willgerodt die These im Vordergrund stand, daß

durch den Integrationsstatbestand als solchen und die Erweiterung auch des währungspolitischen Instrumentariums (Währungsunion z. B.) an sich wenig gewonnen sei. Soweit eine währungspolitische Integration unbewußt als automatische Folge der Verwirklichung des Freihandelsraumes sich einstelle, sei sie nach Willgerodt unter den gegenwärtigen Verhältnissen genauso inflationsbefallen wie das etwa in einer Währungsunion der Fall wäre. Auf der anderen Seite hätte eine Rückkehr zur monetären Disziplin nicht notwendig eine Währungsunion oder eine Einheitswährung zur Voraussetzung; goldwährungsähnliche Verhältnisse garantierten das gleiche. Demgemäß formulierte Willgerodt das Grundsatzproblem dahin, ob die Gemeinsamkeit um jeden Preis herbeigeführt werden solle, oder ob es darum gehe, „die Vernunft gemeinsam zu machen“.

Allerdings gibt es neben dieser gleichsam aus der allgemeinen internationalen währungspolitischen Situation abgeleiteten Problematik für die regionale Währungsintegration noch eine weitere gewichtige spezielle Konfliktsituation, die sich vor allem für die vermutlich sehr lange Übergangszeit bis zur totalen währungspolitischen Integration auswirken mag. Da ein Zahlungsbilanzgleichgewicht der Gesamtheit der Mitgliedstaaten nicht gleichzeitig das Zahlungsbilanzgleichgewicht der einzelnen Staaten notwendig einschließt, jedoch die den Organen der Gemeinschaft übertragenen Mittel noch unzureichend sind und die den Mitgliedstaaten verbleibenden Mittel immer begrenzter werden, ist die Koordination der Wirtschaftspolitik keine hinreichende Garantie dafür, daß die Zahlungsbilanzgleichgewichte bzw. Ungleichgewichte auf nationaler und supranationaler Ebene sich in Übereinstimmung befinden. Ob bei dieser Konfliktsituation Wechselkursänderungen zugelassen werden oder die Gemeinschaft durch eine Währungsunion bzw. eine einheitliche Währung perfekt gemacht wird, „bildet den Kern des langfristigen Währungsproblems in der EWG“ (Gleske).

Neben den währungspolitischen Referaten stand am zweiten Verhandlungstag, der ganz den Integrationsproblemen gewidmet war, eine Fülle von anderen Themen zur Debatte. Alfred Müller-Armack referierte über „Die Wirtschaftsordnung des Gemeinsamen Marktes“, Emil Küng über „Die Rückwirkungen der EWG auf die übrigen westeuropäischen Länder“, Knut Borchardt widmete sich der „Integration in wirtschaftshistorischer Perspektive“. Die „Koordination von Steuern bei wirtschaftlicher Integration“ behandelte Kurt Schmidt, die „Konkurrenzsituation der Unternehmen bei Marktintegration“ war das Thema des Referats von Reinhold Henzler. Es würde zu weit führen, diesem reichhaltigen Programm im einzelnen zu folgen. Es sollen statt dessen nur zwei Referate noch eine gesonderte Erwähnung finden.

Das hochaktuelle Thema der Wirtschaftsordnung des Gemeinsamen Marktes hätte wahrscheinlich durch ein Korreferat stärker in den Mittelpunkt rücken können. *Müller-Armack* stellte in seinem interessanten Referat neben Interpretationen zur Entstehungsgeschichte des Gemeinsamen Marktes und der Position des Komplexes Wirtschaftsordnung in den Römischen Verträgen zwei Thesen besonders heraus: a) Die Wirtschaftsordnung der EWG wird weder die soziale Marktwirtschaft noch die Planifikation übernehmen können; b) anstelle der Bemühungen um eine problematische mittelfristige Planung bzw. Vorausschau sollte der schon lange fälligen Koordination der Konjunkturpolitik stärkere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Obwohl die Diskussion des Referates auch auf diese wichtigen Punkte zurückkam, blieb sie doch leider ausgesprochen reserviert und farblos.

Die Einbeziehung der wirtschaftshistorischen Perspektive der Integration in das Tagesprogramm stellte sich als besonders glücklich heraus. Zweierlei soll hier in aller Kürze festgehalten werden. *Borchardt* behandelte die Geschichte der Integrationsprozesse auf weltwirtschaftlicher, nicht etwa auf regionaler Basis. Er bediente sich dazu eines interessanten Modells von vier Determinanten: a) der Umfang des Leistungsgefälles zwischen räumlich getrennten Wirtschaftseinheiten, b) die Intensität der Wissensbeziehungen zwischen ihnen, c) die Höhe der Transportkosten und schließlich d) die Verhaltensweisen der Menschen, die die drei „technischen Determinanten“ (a—c) erst von der Möglichkeit in die Wirklichkeit überführen. Anhand dieses Modells versuchte Borchardt zu klären, ob die weltwirtschaftliche Verflechtung etwa im Sinne der Bücherschen Stufenlehre der Endzustand einer Entwicklung ist oder nicht gerade umgekehrt der regionalen oder volkswirtschaftlichen Integration vorausging oder vorausgehen mußte. Mit der positiven Beantwortung dieser Fragestellung bot Borchardt zugleich auch einen begrüßenswerten Beitrag zur Verknüpfung der Themenkreise der Tagung, was aus dem folgenden Zitat hervorgehen mag:

„Selbst heute noch können wir bei vielen Entwicklungsländern studieren, wie die Verflechtung ihrer führenden Sektoren in die Weltwirtschaft größer ist als die Verflechtung mit der näheren Umgebung. Das ist sicherlich kein Zufall und ist auch nicht nur Folge des früheren Kolonialstatus. Zu groß sind die Ähnlichkeiten im Aufbauprinzip der Raumwirtschaft in diesen Ländern mit dem Aufbau der Wirtschaften in der Geschichte Europas. Es bleibt natürlich ein Problem, daß in manchen Entwicklungsländern die Verflechtung mit der internationalen Wirtschaft bislang nicht zu einer entsprechenden Zunahme der inneren Verflechtung geführt hat. Aber gegen die zeitliche Reihenfolge in den Integrationsschritten sollte vom Standpunkt des

Wirtschaftshistorikers nichts einzuwenden sein. Die Geschichte zeigt, daß der Weg von außen nach innen die größeren Wachstumsimpulse vermittelt.“ Inwieweit diese Erkenntnis des Wirtschaftshistorikers für die Strategie der Entwicklungspolitik Konsequenzen haben kann, wäre wohl der näheren Untersuchung wert und wurde schon bei der Behandlung der Entwicklungsprobleme am letzten Tagungstag gestreift.

Während die Behandlung der Integrationsprobleme eine starke Auffächerung der Themen zeigte, konzentrierte sich das Programm für die Entwicklungsprobleme wieder stärker. Drei Themengruppen sah das Tagungsprogramm vor: 1. die Lenkungsmöglichkeiten der Entwicklungshilfe (Jan *Tinbergen*) bzw. die Kriterien der Projektauswahl (Rudolf *Stucken*), 2. die finanziellen Probleme der Entwicklungshilfe (Wilfried *Guth*) und die Rolle der privaten Investitionen (Matthias *Schmitt*) und schließlich 3. die beiden zentralen Referate von Richard *Behrendt* (Gesellschaftliche Aspekte der Entwicklungsförderung) und Karl *Schiller* (Möglichkeiten einer rationalen Entwicklungspolitik), die am letzten Verhandlungstag die Akzente setzten.

Der erste Programmpunkt verharrte überraschenderweise in einer ähnlich zurückhaltenden Atmosphäre wie die ordnungspolitische Problematik der EWG am zweiten Verhandlungstag, obwohl für beide Gebiete doch keineswegs behauptet werden kann, daß die Dinge ausdiskutiert sind. Vermutlich hätte sich das Bild sehr schnell gewandelt, wenn es möglich gewesen wäre, diesen Problemen vom Tagungsprogramm her mehr Spielraum zu gewähren. Daß dies nicht geschah, dafür lassen sich gute Gründe genug finden, zumal die Bewältigung des anspruchsvollen Generalthemas innerhalb von drei Tagen ohnehin der Quadratur des Kreises nahe kam. Gleichfalls aus Gründen der einfach nicht zu umgehenden Selektion soll dieser Bericht sich abschließend auf Anmerkungen zum dritten Bereich, den beiden Grundsatzreferaten von Behrendt und Schiller, beschränken.

Behrendt stellte sein weit ausgreifendes Referat provozierend auf eine grundsätzliche Kritik zu enger, rein wirtschaftlicher entwicklungspolitischer Konzeptionen ab. Er forderte eine grundlegende Revision der bisher maßgebenden Methoden der Entwicklungsförderung, „eine Umorientierung von der imitativ-zentralistischen Entwicklungsschematik zu einer sozialen Entwicklungsstrategie“. Diese soziale Entwicklungsstrategie rücke die Vielschichtigkeit des dynamischen Kulturwandels in den Vordergrund, um den Problemen des „cultural lag“ in den Entwicklungsländern beizukommen. Der sozialen Entwicklung sei die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Und zwar nicht nur deswegen, weil sie am schwierigsten, sondern weil sie auch am bedeutendsten sei, „weil es sich hier um Wandlungen grundlegender und

gewöhnlich tiefverwurzelter Leitideen, Verhaltensweisen und Institutionen handelt, von denen die Entscheidung über die Ziele wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Betätigung und über den Einsatz technischer und wirtschaftlicher Faktoren abhängt“. So fruchtbar und notwendig der soziologische Nachholbedarf bei der Erarbeitung sinnvoller Konzeptionen der Entwicklungspolitik ohne Zweifel ist, so wird dieser Ansatz wiederum problematisch, wenn er nicht als Korrektur, sondern weitgehend als Ersatz des Bestehenden gedacht ist. Mit dieser Verabsolutierung des sozialen bzw. soziologischen Ansatzes verbindet sich nicht nur fast notwendig eine kaum gerechtfertigte Kritik an der bisherigen Entwicklungspolitik, sondern auch das Risiko, daß richtige Gesichtspunkte in einem unzumutbaren Idealtyp paralysiert werden. Eine nur einseitig auf den Staat und die Entwicklungsprogrammierung aufgebaute Entwicklungsstrategie ist gewiß mit großen Mängeln behaftet. Es muß andererseits aber doch bezweifelt werden, ob der von Behrendt verfochtene „demokratisch gelenkte und strukturierte Kulturwandel“ eine praktische und erfolgreiche Entwicklungspolitik darstellen kann. Der Zweifel wird nicht geringer, wenn das Bestreben der „originär-dezentralisierten Grundform“ sozialer Entwicklungsstrategie programmatisch wie folgt von Behrendt formuliert wurde: „Konkrete, rasch realisierbare Möglichkeiten der Kombination von individueller unternehmerischer Autonomie, kooperativer Hilfe und gestreuter, dem Durchschnittsindividuum oder der Sippe zugänglicher Beteiligung an Planung und Verwirklichung der Entwicklung in freiwilligen Gruppen, Schulen, Gewerkschaften, Kredit- und Hilfskassen, Gemeinden, Region und Nation zu zeigen.“ Ist diese „realistische Planung“ (!) wirklich ein Ersatz für die bisher betriebene „imitativ-zentralistische Entwicklungsschematik“?

Es erhöhte den wissenschaftlichen Reiz der Tagung, daß sich das zweite Grundsatzreferat praktisch als ein vorzügliches Korreferat erwies. Schiller trug in seinem Referat der Bedeutung des sozialkulturellen Dualismus in den Entwicklungsländern ausdrücklich Rechnung, ohne daraus solche radikalen Konsequenzen, wie sie Behrendt zog, abzuleiten. Im Mittelpunkt seines Referates stand die Herausarbeitung einer angemessenen entwicklungspolitischen Strategie im Rahmen eines Mischsystems staatlicher Primär- und privater Sekundäraktivitäten. Diese Strategie erfordere „als *conditio sine qua non* eine außerordentlich intensive marktwirtschaftliche Erziehungspolitik“. Der Preis- und Marktmechanismus solle als „Transmissionsmaschine“ für die Weiterentwicklung und Umwandlung der von den staatlichen Primäraktivitäten ausgeübten Impulse dienen. In dieser Funktion habe er nach Ansicht Schillers durchaus bessere Chancen, leistungsfähig zu sein, als bei den Rezepten, die jenen Mechanismus

überhaupt zum Motor der Entwicklung machen wollen. Allumfassende, „a priori harmonisierte Volkswirtschaftspläne“ hielt Schiller für wenig praktikabel. Er schlug statt dessen eine Aufteilung der „Planung“ in eine prospektive Gesamtrechnung und in einen detaillierten Kapitalaufbringungs- und Verwendungsplan vor, um Überraschungen der Entwicklung elastischer zu begegnen und trotzdem die Orientierung und Transparenz des Entwicklungsprozesses nicht zu verlieren.

Besondere Hervorhebung verdient schließlich die relativ ausführliche Behandlung der Funktion und Bedeutung des Außenhandels im Rahmen der Entwicklungspolitik, da dieser Aspekt allzu oft mit unzulänglichen Argumenten beiseite geschoben wird. Auch an diesem dritten Verhandlungstag wurde der Außenhandel merkwürdigerweise in keinem besonderen Referat behandelt, obgleich es doch um weltwirtschaftliche Probleme im Generalthema der Tagung ging. Schiller wies mit Nachdruck darauf hin, „daß die im Außenhandel liegenden Möglichkeiten von den nationalen Planern vielfach unterschätzt werden“ und daß „die außenwirtschaftliche Problematik eine der besonders schwachen Stellen der Strategie des balanced growth“ sei. Es scheint sich also die lange Zeit wenig geschätzte Ansicht Gehör zu verschaffen, „daß es gemäß den komparativen Kostenrelationen und im Rhythmus des Entwicklungsprozesses natürlich durchaus angebracht sein kann, ganze Stufen im Produktionsprozeß zeitweilig oder ständig durch Ex- und Importvorgänge zu ersetzen“. In welchem Ausmaß diese wichtige weltwirtschaftliche Komponente Berücksichtigung finden kann und soll, dazu konnte Schiller selbstverständlich nur einige Anmerkungen bringen. Da die Diskussion des Schillerschen Referates zusammen mit der abschließenden Generaldebatte praktisch ausfiel, vergab der Kongreß leider die Chance, über diese und andere Probleme sowie über die interessanten Divergenzen in den Ansätzen von Behrendt und Schiller zu diskutieren.

Detlef Lorenz, Berlin